

A1 Empfehlung für Aufstellungsversammlung Bezirkstagswahl 2028

Gremium: KV Weilheim-Schongau
Beschlussdatum: 13.04.2024
Tagesordnungspunkt: 3 Berichte und Anträge

Antragstext

- 1 Antrag des Kreisverbandes Weilheim-Schongau, Bündnis 90 / Die Grünen zur
- 2 Bezirksversammlung Oberbayern von Bündnis90 / Die Grünen am 4.5.2024
- 3 Die Bezirksversammlung Oberbayern, Bündnis 90 / Die Grünen möge beschließen:
- 4 Für die Aufstellungsversammlung der Kandidat*innen für die Bezirkstagswahl 2028
- 5 in Oberbayern wird entschieden empfohlen, jeweils eine Kandidatin oder einen
- 6 Kandidaten aus den „weißen Flecken“/schwierigen politischen Terrains für Grüne
- 7 Kandidat*innen in Oberbayern - Berchtesgadener Land, Traunstein, Altötting,
- 8 Mühldorf, Erding, Ingolstadt, Pfaffenhofen, Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen -
- 9 auf Platz 1 und 2 zu wählen.

Begründung

Seit 5 Legislaturperioden, seit 2003, nachdem der 1998 von Platz 64 auf Platz 2 gewählte legendäre Sepp Daxenberger aus dem Bezirkstag ausgeschieden ist, haben die Kandidat*innen aus den ländlichen Stimmkreisen im Südosten und Norden von Oberbayern keine Chance, in den Bezirkstag zu kommen, da diese Stimmkreise kleine Stimmkreise mit einer relativ geringen Anzahl von Stimmberechtigten sind und zudem ein geringer grüner Wähler*innenanteil grundsätzlich besteht. So besteht zwischen dem größten Stimmkreis Weilheim-Schongau mit 128.047 Stimmberechtigten und dem kleinsten Stimmkreis Neuburg-Schrobenhausen mit 81.620 Stimmberechtigten eine Differenz von über 46.000. Aus den Stimmkreisen Eichstätt, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen, Erding, Berchtesgadener Land, Altötting, Mühldorf waren noch nie Kandidat*innen im Bezirkstag.

2023 hat es z.B. Lena Koch aus dem Stimmkreis Mühldorf als auf Platz 6 bei der letzten Aufstellungsversammlung gewählte Kandidatin trotz eines sehr hohen Zweitstimmenanteils, dem achtbesten von allen Kandidat*innen (10.793), nicht geschafft, weil sie aus dem viertkleinsten Stimmkreis gemessen an den Stimmberechtigten (85.378) kommt. Dieser ist zudem noch sehr ländlich geprägt und hatte einen Erststimmenanteil von „nur“ 9,77 %, wobei er mit – 2,93 Prozentpunkten nur den drittkleinsten Verlust bei den Erststimmen im Vergleich zur Wahl 2023 bei allen ländlich geprägten Stimmkreisen verbucht hat. Dies zeigt, dass sogar ein Platz 6 nicht für den Einzug in den Bezirkstag in diesen Stimmkreisen reicht. Nur die beiden Spitzenplätze ermöglichen eine entsprechende Option, die bei den Zweitstimmen „automatisch“ für ca. 150.000 Zweitstimmen auf Listenplatz 1 und ca. 20.000 auf Listenplatz 2 sorgen (letzten 2 Wahlen 2018 und 2023) – genügend, um allein mit den Zweitstimmen in den Bezirkstag einzuziehen. Unter den derzeitigen allgemeinen politischen Bedingungen haben Vertreter*innen aus den südöstlichen und nördlichen ländlich geprägten Stimmkreisen Berchtesgadener Land, Traunstein, Altötting, Mühldorf, Erding, Pfaffenhofen, Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen ohne einer der beiden Spitzenplätze keine Chance für den Einzug. Grüne Politik in Verantwortung ist für die Kandidat*innen in diesen Stimmkreisen fast eine Unmöglichkeit, was zum einen zu einer gewissen Engagementfrustration führt und zum anderen zu einem Verlust von Fachinput in der Fraktionsarbeit aus diesen Regionen. Ziel der Initiative bzw. dieses Antrages soll also vorrangig sein, dass wir diese wichtigen Personen in der Region nicht „links oder rechts liegen lassen“ und den politfachlichen input wieder mit in unser grünes Boot holen. Deshalb

sollen die beiden Spitzenpositionen jeweils mit einer Vertreterin / einem Vertreter aus der südöstlichen und der nördlichen Region besetzt werden.

Ein Argument, dies zumindest für die Bezirkstagswahl so zu regeln ist, dass die beiden Spitzenplätze bei der Bezirkstagswahl nicht so eine große Bedeutung für die öffentliche Darstellung haben, da die jeweiligen Kandidat*innen, die sie besetzen, trotz ihrer Spitzenposition nicht besondere Bedeutung für Wahlkampfauftritte in Fernsehen und Rundfunk (außer social media) oder bei Wahlkampfveranstaltungen in anderen Stimmkreisen haben.

A2 Demokratie schützen

Antragsteller*in: Martina Neubauer (KV Starnberg)

Tagesordnungspunkt: 3 Berichte und Anträge

Antragstext

1 Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg. Nach 12 Jahren NS-Diktatur konnte sich
2 die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg machen, um sich zu einem
3 demokratischen Rechtsstaat zu entwickeln, der die Menschenwürde als oberste
4 Priorität anerkennt. Am 23. Mai 2024 wird unser Grundgesetz 75 Jahre.

5 Seit 2017 sitzt die AfD im Deutschen Bundestag, in Bayern ist sie 2023 mit 32
6 Abgeordneten eingezogen und ist damit die größte Oppositionsfraktion - vor uns
7 Grünen und der SPD.

8 Seit Anfang des Jahrs gehen Millionen Menschen in Deutschland auf die Straße, um
9 sich für unsere Demokratie stark zu machen. Sie gehen auf die Straße, um ein
10 Zeichen zu setzen für Menschenwürde und Freiheit. Vor uns liegen nicht nur die
11 Europawahlen. Im Herbst wird in zahlreichen Bundesländern gewählt, in einem Jahr
12 wählen wir einen neuen Bundestag und im Frühjahr 2026 stehen die nächsten
13 Kommunalwahlen an. In den Kommunen, direkt vor Ort, müssen die demokratischen
14 Kräfte gestärkt werden, um den Rechtsrutsch zu verhindern. Die Vertretung
15 starker demokratischer Kräfte vor Ort, in den Kommunen, sind ein wichtiges
16 Fundament unserer Demokratie.

17 Auch die Bayerischen Bezirke leisten einen wichtigen Beitrag für unsere
18 Demokratie, dazu gehört für uns:

19 1. Erinnerungskultur stärken

20 Aus der Verantwortung als Träger der Nachfolgeeinrichtungen der vormaligen Heil-
21 und Pflegeanstalten Eglfing-Haar und Gabersee fühlen wir uns in besonderer Weise
22 den Opfern der sogenannten „Euthanasie“-Morde und der Erinnerungskultur
23 verpflichtet. Seit vielen Jahren befassen sich der Bezirkstag von Oberbayern
24 ebenso wie die Kliniken des Bezirks Oberbayern (kbo) mit der Erinnerung an die
25 Opfer und der Auseinandersetzung mit den Tätern. Diese Bemühungen müssen
26 weitergeführt werden, damit die Geschichten der Opfer in der Bevölkerung
27 wahrgenommen werden können.

28 2. Entstigmatisierung bewirken und Inklusion umsetzen

29 Menschen mit Behinderung, Menschen mit psychischen Erkrankungen sind immer noch
30 von Stigmatisierungen in unserer Gesellschaft betroffen. In der Schule, in der
31 Arbeitswelt, bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, bei der Mitgestaltung
32 des politischen Lebens vor Ort genauso wie auf Landes-, Bundes- oder der
33 europäischen Ebene. Gezielte Kampagnen, die Einführung von Instrumenten, um
34 Menschen den Zugang zum 1. Arbeitsmarkt zu erleichtern sowie der bayernweite
35 Krisendienst, der die Quote an Zwangseinweisungen in die Psychiatrie verringert
36 hat, sind wichtige Schritte – allein: sie reichen nicht.

37 Damit wirkliche Teilhabe gelingt, benötigen wir einen Wandel in unseren Köpfen.
38 Parteien, die ausgrenzen, aussortieren und separieren wollen haben in einer
39 Demokratie, in unseren Parlamenten und Gremien nichts zu suchen.

40 3. Bezirkliche Jugendarbeit stärken

41 Zur Rolle und Bedeutung der Jugendarbeit haben wir erst auf der LDK in Lindau
42 den Beschluss "Gerecht und unabhängig - wir stärken Jugendarbeit" gefasst, der
43 natürlich auch in diesem Zusammenhang von Bedeutung ist: Die selbstbestimmte,
44 selbstorganisierte und damit selbstwirksame Jugendarbeit in den Strukturen der
45 Jugendringe, Verbände und Organisationen, wie sie auch im Bezirksjugendring
46 Oberbayern zusammengeschlossen sind, ist in ihrer Unabhängigkeit zu achten und
47 bedarfsgerecht so zu fördern, dass sie unabhängig von inhaltlichen Vorgaben
48 ausreichende und vielfältige Angebote für die Kinder und Jugendlichen machen
49 kann. Politik- und Demokratiebildung brauchen neben formalen Lern-Kontexten vor
50 allem den weiteren Raum nonformaler und informeller Bildungsprozesse, in denen
51 Information, Auseinandersetzung, sich Ausprobieren, Teilhaben und Gestalten ohne
52 (schulischen) Leistungsdruck stattfinden können. Nur so machen wir Kinder und
53 Jugendliche "demokratiefest" und stärken sie in ihrer Persönlichkeit, damit sie
54 in den zunehmend krisenhaften Herausforderungen unserer Zeit handlungsfähig
55 bleiben, ihre Zukunft gestalten können und dabei nicht anfällig werden für
56 rechte Nepper, Schlepper und Bauernfänger!

57 4. Kultur, Heimatpflege und Brauchtum vor Instrumentalisierung von Rechts
58 schützen!

59 Oberbayern ist reich an Traditionen und Brauchtum. Ob Volksfeste, die regional
60 unterschiedlichen und einzigartigen Trachten, oder der Dialekt - die Menschen in
61 Bayern sind ihrer Heimat und ihrer Tradition verbunden. Dieses kulturelle Erbe
62 ist ein Schatz, doch lebendige Traditionen entwickeln sich stetig weiter und
63 verharren nicht im Ewiggestrigen. Sie nehmen die im Impulse einer sich stetig
64 wandelnden Gesellschaft auf und werden reicher.

65 Begriffe wie Heimat und Tradition wurden schon in der Vergangenheit gerne von
66 Rechts instrumentalisiert und genutzt, um jene auszugrenzen, die nicht 'schon
67 immer' hier gelebt haben. Auch in jenen unserer europäischen Nachbarländer, in
68 denen Autokraten oder Rechtsaußen-Regierungen an der Macht sind, ist es die
69 Kultur, die leidet - durch fehlende Finanzierung, inhaltliche Kontrolle oder gar
70 Zensur.

71 Es ist unsere Aufgabe, uns klar gegen diese Bestrebungen zu stellen, die
72 Freiheit von Kunst und Kultur auf allen politischen Ebenen zu fördern und
73 Begriffe wie Heimat, Brauchtum und Tradition nicht den Rechten zu überlassen.
74 Denn nur wenn wir diese Begriffe prägen und mit Leben füllen, können wir dafür
75 sorgen, dass die Heimat der einen auch die der anderen ist, und Traditionen
76 aller Menschen, die bei uns leben, wertgeschätzt werden.

77 Was bedeutet das konkret?

- 78 • Mit den demokratischen Fraktionen konstruktiv zusammenarbeiten.
- 79 • Klare Kante gegen Rechts-Extremismus und Faschisten.
- 80 • Klare Benennung, wenn Mitglieder politischer oder sonstiger Gremien
81 Grenzen ausloten oder diese überschreiten und konsequentes Einfordern des
82 Schulterschlusses aller Demokrat*innen.
- 83 • Uns offen und intensiv gegen Fake und Falschinformationen stellen.
- 84 • Förderung von Kunst, Kultur, Brauchtum und Jugendarbeit ohne Vorgaben zur
85 inhaltlichen Ausrichtung.
- 86 • Unsere Ideen für eine Vielfältige und Inklusive Gesellschaft nach vorne
87 stellen.

88 Auch für uns Grüne, unsere Mandatsträger*innen, die Kandidat*innen und
89 Basismitglieder ist diese Zeit herausfordernd. Deshalb fordern wir im
90 Schulterschluss mit dem Landesverband Bayern und dem Bundesverband den
91 Bezirksverband Oberbayern auf:

- 92 • Hilfsangebote für Mitglieder, die Opfer von Bedrohungen geworden sind, zu
93 schaffen.
- 94 • Die Unterstützung und den Informationsfluss von Mandatsträger*innen an die
95 Basis weiter zu intensivieren.
- 96 • Hilfsangebote für Kandidatinnen und Kandidaten zum Umgang mit Störern und
97 Anfeindungen etablieren.

Unterstützer*innen

Kathrin Düdder (KV München); Florina Vilgertshofer (KV München); Andreas Ammer (KV München);
Dardan Kolic (KV München)

A4 Antrag auf Erstellung eines Social Media Konzepts und Prüfung zur Einstellung eine*r Social-Media-Referent*in

Antragsteller*in: Karin Beittel (KV Dachau)

Tagesordnungspunkt: 3 Berichte und Anträge

Antragstext

- 1 Die Bezirksversammlung der oberbayerischen Grünen möge beschließen:
- 2 1. Der Vorstand wird beauftragt, den Bedarf zur Einstellung eine*r Social Media
- 3 Referent*in in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden zu prüfen und
- 4 gegebenenfalls die Vorbereitungen für eine Einstellung zu treffen.
- 5 2. Bis zum Ende des laufenden Jahres soll in Kooperation mit dem Landesverband
- 6 und den anderen Bezirksverbänden ein Social Media Konzept erarbeitet und
- 7 abgestimmt werden.

Begründung

Rechtspopulisten dominieren verstärkt die politische Debatte in Bayern. Parteien wie CSU, FW und vor allem die AfD sind stark und erfolgreich in den Sozialen Medien unterwegs. Dem haben wir Grüne nicht genug entgegen zu setzen, das hat der Landtagswahlkampf hier in Bayern gezeigt. Wir, die Kreisverbände Dachau, Fürstenfeldbruck, Landsberg möchten, dass sich das ändert.

Um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden und unsere Botschaften effektiv zu verbreiten, ist es notwendig, dass die Grünen in Oberbayern und vor allem auch die Kreis- und Ortsverbände und ggfs. auch Mandatsträger*innen über eine professionelle Social Media Präsenz verfügen. Den einzelnen Kreisverbänden fehlt es aber meist an der Kapazität und vor allem dem Know-How, den Ansprüchen von Social Media gerecht zu werden.

Deswegen scheint es unabdingbar, gemeinsam mit dem Landesverband und den anderen Bezirksverbänden dem Thema endlich hohe Priorität einzuräumen und ein tragfähiges Konzept für die Zukunft zu erarbeiten.

Ein*e professionelle*r Social Media Referent*in, der/die KVs im ländlichen Raum unterstützt, könnte dazu beitragen, die Online-Präsenz der Partei auf dem Land zu stärken, die Reichweite zu erhöhen und die Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern zu intensivieren. Sie/Er könnte ausgewählte Veranstaltungen oder Aktionen der oberbayerischen Kreisverbände im Vorfeld bewerben, live begleiten und deren Social Media Accounts bespielen. Abstimmung könnte durch regelmäßige Treffen mit den Social-Media-Beauftragten der Kreisverbände und des Landesverbands erfolgen.

Durch die enge Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden kann eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Social Media Strategie auf lokaler Ebene gewährleistet werden. Daher erscheint es sinnvoll und zielführend, die genannten Maßnahmen zu ergreifen, um die Social Media Präsenz der Grünen in Oberbayern nachhaltig zu stärken und die politische Arbeit wirkungsvoll zu unterstützen.

Unterstützer: Lisa Stockmann, Hans-Heinrich Sautmann, Rainer Husmann, Gisella Gigliotti, Martin Erdmann, Merlin Nagel, Simone Duling, Ulrich Rauhut, Dale Carpenter, Heidi Pongratz-Aschauer, Angelika Börkey, Kerstin Daser

Unterstützer*innen

Kristin Martl-Hassan (KV Mühldorf); Bianca Hegmann (KV Mühldorf)

A5 Leitantrag: Oberbayern für eine starke Europäische Union und eine nachhaltige, gerechte und freie Zukunft

Antragsteller*in: Bezirksvorstand Grüne Oberbayern

Tagesordnungspunkt: 3 Berichte und Anträge

Antragstext

- 1 Spätestens am 24.02.2022 wurde uns allen klar: Frieden ist nicht
2 selbstverständlich. Auch nicht auf europäischem Boden. Der völkerrechtswidrige
3 Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns erneut verdeutlicht, wie wichtig
4 internationale Kooperation und Zusammenhalt sind. Wie wichtig die Europäische
5 Union als Garantin für Frieden und Schutz war und mehr denn je, ist.
- 6 Dieser Angriffskrieg richtet sich auch gegen den Willen der Ukrainer*innen in
7 Frieden und Freiheit zu leben, ihren Wunsch, Teil der europäischen Familie zu
8 werden. Damit richtet sich dieser Angriff von Außen auch gegen tief verankerte
9 europäische Werte – die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die
10 Menschenrechte.
- 11 Diese europäischen Werte werden nicht nur von außen angegriffen, sondern auch
12 von innen. Postfaschist*innen, illiberale Demokrat*innen, Nationalist*innen,
13 Extremist*innen und sonstige geistige Brandstifter*innen versuchen unsere EU
14 auszuhöhlen, zu untergraben und zu schwächen. Für uns Grüne ist klar, dass wir
15 diesen Kräften eine klare Absage erteilen und uns für ein starkes und
16 vielfältiges Europa einsetzen.
- 17 In einer Welt, in der Probleme nicht an Nationalstaatsgrenzen Halt machen, sind
18 wir darauf angewiesen, ja verpflichtet, mit anderen Ländern zu kooperieren.
19 Gemeinsam Politik zu machen. Nicht gegeneinander. Gemeinsame Lösungen zu finden,
20 damit Gerechtigkeit, Klimaneutralität, Lebensqualität und Vorsorge für alle
21 Menschen Realität werden können. Dafür, für wirtschaftlichen Erfolg, für
22 Klimaschutz, für Sicherheit, für Inklusion, für ein gutes Miteinander und für so
23 vieles mehr ist die Europäische Union der Ort, an dem wir Veränderung und
24 Verbesserung vorantreiben können.
- 25 Brüssel und Straßburg mögen weit entfernt klingen, doch selbst Landwirt*innen
26 vor Ort im Berchtesgadener Land profitieren von Grüner Politik im EU-Parlament.
27 Bäuer*innen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir werden daher gegen
28 Dumpingpreise im Lebensmittelhandel und gegen Bodenspekulation vorgehen. Wir
29 gehen weg von der Flächenprämie, hin zu Förderungen gebunden an Klima-, Umwelt-,
30 Natur- und Tierschutzmaßnahmen. Landwirt*innen wollen wir außerdem beim Umbau
31 ihrer Ställe finanziell unterstützen, damit der Wandel hin zu mehr Tierwohl
32 unabhängig von der Größe des Geldbeutels stattfinden kann.
- 33 Wir als Grüne Oberbayern bekennen uns in aller Deutlichkeit zur Europäischen
34 Union und ihren Werten – der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und den
35 Menschenrechten. Im Folgenden möchten wir unsere Vorhaben zum Schutz des
36 Wohlstands, der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit darlegen.
- 37 1. Was Wohlstand schützt:
- 38 o Wir setzen uns für ein klimaneutrales Europa ein, indem wir Investitionen in
39 Energiesicherheit tätigen und den Weg zum klimaneutralen Kontinent vorantreiben.

40 o Wir möchten die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts
41 sicherstellen, indem wir in Innovation, Souveränität und Resilienz investieren.

42 o Wir wollen Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten. Nur so können wir eine
43 stabile europäische Wirtschaft garantieren, die unseren Wohlstand sichert.

44 2. Was Gerechtigkeit schützt:

45 o Für eine gerechte Gesellschaft sind gute Arbeit und soziale Sicherheit
46 unerlässlich. Wir kämpfen daher für faire Löhne und starke Gewerkschaften.

47 o Wir wollen ein Europa, das die Gesundheit aller Menschen schützt und fördert.
48 Dazu wollen wir enger kooperieren, um Gesundheitskrisen Grenzen übergreifend
49 bekämpfen zu können.

50 o Wir setzen uns dafür ein, dass Berufsabschlüsse europaweit anerkannt werden.
51 Durch europaweit vergleichbare Anerkennungsverfahren wollen wir den
52 Fachkräftemangel bekämpfen und die Freizügigkeit fördern.

53 3. Was Frieden schützt:

54 o Wir setzen uns für eine gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik
55 ein, die Klimaschutz, Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit in den
56 Mittelpunkt stellt.

57 o Wir fördern den Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfen und strukturbildender
58 Übergangshilfen in Krisenregionen, um Menschen sichere Lebensperspektiven zu
59 bieten.

60 o Wir bekennen uns klar dazu, Menschenrechte weltweit zu verteidigen. Menschen,
61 die aufgrund ihres Glaubens, Nichtglaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt
62 werden, verdienen unseren Schutz.

63 4. Was Freiheit schützt:

64 o Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der
65 Demokratie. Wir setzen uns daher gegen Desinformation und für den Schutz der
66 demokratischen Institutionen ein.

67 o Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im
68 europäischen Binnenmarkt, mit den offenen Grenzen im Schengenraum, gehören zu
69 den größten Standortvorteilen der EU.

70 o Wir wollen ein Europa, das zum Motor für Frauenrechte und Gleichstellung wird.
71 Damit alle Frauen und Mädchen in der EU gleichgestellt und selbstbestimmt leben
72 können.

73 o Wir kämpfen dafür, Queere Rechte zu schützen. Die Möglichkeit, sich frei zu
74 entfalten und die eigene Individualität leben zu können, ist ein zentraler Kern
75 der europäischen Wertegemeinschaft.

S1 Satzungsänderungsantrag zu § 4 Bezirksvorstand (1)

Antragsteller*in: Bezirksvorstand Grüne Oberbayern
Tagesordnungspunkt: 3 Berichte und Anträge

Antragstext

- 1 Zu streichen: Für den Fall, dass die KandidatInnensituation keine paritätische
- 2 Besetzung des SprecherInnenteams ermöglicht, kann die Bezirksversammlung
- 3 einmalig für die folgende Amtszeit beschließen, die Pflicht zur paritätischen
- 4 Besetzung aufzuheben.

Begründung

In der Präambel des Frauenstatus der Grünen Bayern, das wir als Gliederung selbstverständlich anerkennen, heißt es:

„Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ist ein politisches Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Mindestquotierung von Ämtern und Mandaten ist eines der Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Von dem Begriff „Frauen“ werden alle erfasst, die sich selbst so definieren. Ebenso wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt ein Ziel von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Trans*, inter und nicht-binäre Menschen sollen in unserer Partei gleichberechtigte Teilhabe erhalten. Alle Gremien und Versammlungen sind dazu angehalten, dieses Ziel zu achten und zu stärken.“

Wir sehen in dem angemerkten Satz in unserer Satzung daher einen Widerspruch zum Frauenstatut, da dieser es ermöglichen würde mit Zustimmung der Bezirksversammlung für eine Vorstandsperiode die Mindestquotierung auszuhebeln. Für uns ist klar: In Oberbayern, sowie auch im Rest von Bayern, Deutschland und Europa, gibt es mehr als genug fähige, kompetente und engagierte Frauen zur Ausübung eines solchen Spitzenamts. Daher erkennen wir weder eine Notwendigkeit noch eine Sinnhaftigkeit dieses Paragraphen und beantragen die Streichung der gekennzeichneten Textstelle.